

Notizen

Gegen die Verwendung der Bezeichnung „Fristenlösung“ für die vom Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil zum Schwangerschaftsabbruch (vgl. HK, Juli 1993, 339 ff.) vorgezeichnete Linie für eine spätere Gesetzesänderung sprach sich der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, der Bischof von Mainz, Karl Lehmann, in einem Interview mit der Katholischen Nachrichtenagentur (6. 7. 93) aus. Das Urteil bringe deutlich zum Ausdruck, daß das „ungeborene Kind“ von Anfang an den Schutz durch die Rechtsordnung genießen und erhalten müsse. Die Abtreibung sei daher rechtswidrig. Auch der Beratung sei eine eindeutige Zielrichtung gegeben. Durch die Beratung werde die Abtreibung nicht rechtmäßig. Eine solche auf den Lebenserhalt des ungeborenen Kindes gerichtete Beratungstätigkeit könnten die kirchlichen Beratungsstellen mittragen, selbst wenn sie nach Ausstellung des Beratungsscheines nicht wissen könnten, ob die Frau sich in der Folge für oder gegen das Kind entscheiden werde.

Insgesamt rund 130 nichtstaatliche Organisationen und Gruppierungen der Entwicklungszusammenarbeit – darunter auch die Hilfswerke Misereor und Adveniat sowie die deutsche Kommission Justitia et Pax – wandten sich im Vorfeld des Weltwirtschaftsgipfels Anfang Juli mit einem siebenseitigen Memorandum an die Bundesregierung und forderten sie auf, sich in Tokio für weitreichende Entschuldungsmaßnahmen gegenüber den Ländern des Südens einzusetzen. Falls kein Konsens über eine vollständige Schuldenstreichung bei den ärmsten Ländern und ein 50prozentiger Erlaß bei den anderen zu erreichen sei – dieser Konsens kam denn auch nicht zustande –, solle die Bundesregierung ihrerseits eine vollständige Streichung der ausstehenden Entwicklungshilfe-Kredite, eine vollständige Schuldenstreichung bei den Hermes-Krediten für alle oder zumindest die ärmsten Länder des Südens vornehmen, für eine Schuldenerleichterung auch bei IWF- und Weltbankkrediten eintreten und längerfristige deutsche Entwicklungshilfe ausschließlich als nichtzurückzahlbare Zuschüsse vergeben. Hilfen bei Programmen der Armutsbekämpfung, des Umweltschutzes und zur Förderung von Menschenrechten sollten deutlich gesteigert werden.

Zu der Auseinandersetzung um die Stellenbesetzung für das neu geschaffene Frauenstudien- und -bildungszentrum der EKD hat der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland Ende Juni erneut Stellung bezogen (vgl. HK, Juni 1993, 320). In einem Kommuniqué zur Ratssitzung wird die 1991 beschlossene Konzeption bekräftigt: Das Zentrum habe allen Frauen offenzustehen und müsse unabhängig von einzelnen theologischen Strömungen und Frömmigkeitsstilen arbeiten. Bei Veranstaltungen müßten auch kontroverse Positionen zu Wort kommen. Bestimmte religiöse Vorstellungen wie etwa die Wiederbelebung von Göttinnen-Vorstellungen aus dem Umfeld des alten Israel, die Entwicklung synkretistischer Spiritualität oder die Ablehnung der Kreuzestheologie als sado-masochistische Denkweise werden als Beispiele genannt, die, weil unvereinbar mit dem evangelischen Bekenntnis, keinen Raum haben dürften.

In einer gemeinsamen Stellungnahme an das Oberhaus wandten sich die katholischen und anglikanischen Bischöfe Englands gegen eine Legalisierung der aktiven Sterbehilfe auf Verlangen. Die Gesellschaft müsse ihre auf Hilfe angewiesenen Glieder beschützen, auch wenn das zur Beschränkung der Freiheit anderer führe, über ihr Lebensende zu bestimmen. Die Stellungnahme insistiert auf dem grundlegenden ethischen Unterschied zwischen aktiver Euthanasie und dem Einsatz von schmerzstillenden Mitteln, die als Nebenwirkung das Leben des Patienten verkürzen.

Nach Informationen der Stuttgarter Evangelischen Zentrale für Weltanschauungsfragen (EZW) will die „Interessenvereinigung Jugendarbeit und Jugendweihe e.V.“ in diesem Jahr in den neuen Bundesländern 73 000 junge Erwachsene zur Jugendweihe führen. Dies seien, so die EZW, 20 000 Teilnehmer mehr als im vergangenen Jahr. Die „Interessenvereinigung Jugendarbeit“ ist aus dem Zentralen Jugendweheausschuß der DDR hervorgegangen.

Das Bischöfliche Hilfswerk Misereor und die Katholische Zentralstelle für Entwicklungshilfe bewilligten im Jahr 1992 insgesamt 2800 Projekte mit einer Gesamtsumme von 322 Mio. DM. Davon waren 140 Mio. kirchliche und 182 Mio. öffentliche Mittel.

Das Spendenaufkommen von Misereor lag 1992 bei insgesamt 132 Mio. DM und damit 0,5 Prozent unter dem Ergebnis von 1991. Von den Spenden stammten 86 Mio. aus der Fastenkollekte, 45 Mio. waren Einzelspenden. Die Katholiken in den neuen Bundesländern spendeten 1993 für Misereor 2,2 Mio. DM. Bei den bewilligten Projekten entfielen 83 Mio. DM auf die Bereiche Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, 48 Mio. DM auf das Gesundheitswesen und 45 Mio. DM auf das Bildungs- und Informationswesen.

In einem Interview mit der Zeitschrift „Ecclesia“ (12. 6. 93) hat sich der Vorsitzende der Spanischen Bischofskonferenz, Erzbischof Elias Yanes von Zaragoza, zu Licht- und Schattenseiten in der katholischen Kirche Spaniens geäußert. Als Schattenseiten erwähnte Yanes den minimalen Anstieg bei Priester- und Ordensberufungen, die mangelhafte Glaubensbildung der Mehrzahl der erwachsenen Katholiken und die steigende Anzahl von Nichtpraktizierenden, aus denen längerfristig Indifferente oder Agnostiker würden. Als Positiva nannte der Konferenzvorsitzende die vielfältige Laienmitarbeit in der Pastoral und im sozialen Einsatz der Kirche, die gewachsene Sorge um die Evangelisierung der Fernstehenden, die bessere Vorbereitung auf die Sakramente und das stärkere Bewußtsein von der Kirche als Gemeinschaft.

Die 14 Karmelittinnen, die in einem Gebäude an der Außenmauer des ehemaligen Konzentrationslagers Auschwitz ein Kloster eingerichtet hatten und damit weltweit Proteste vor allem von jüdischer Seite hervorriefen, haben ihr bisheriges Domizil verlassen. Sechs Ordensfrauen zogen in das unweit gelegene und im Aufbau befindliche neue Internationale Gebets- und Begegnungszentrum um, die übrigen kehrten in ihre Mutterhäuser nach Posen, Krakau und Kielce zurück. Neue Konflikte zeichnen sich ab, seitdem bekannt wurde, daß die Oberin das Gebäude, das bisher als Kloster diente, offenbar an eine für ihre nationalistische Haltung bekannte polnische Kriegspopfer-Organisation vermieten will.

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe ist eine Eigenwerbung beige-fügt (Verlegerbeilage).